



prägnant 34

APRIL 2026

DIE ZEIT IST REIF: MASTERPLAN »JOBS 2040« RESILIENZ – INDUSTRIE- POLITIK – TRANSFORMATION

Der Krieg im Nahen Osten zwischen USA/Israel und Iran sollte dem letzten klargemacht haben, wie verletzlich die internationale Ordnung und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung Europas und Deutschlands geworden ist. Steigende Energiepreise aufgrund von Kriegen, geopolitischen Spannungen und Nachwehen der Pandemie belasten Unternehmen und private Haushalte massiv. Handelsrouten wie das Rote Meer, die Straße von Hormus oder die Seewege um die Insel Taiwan sind für die Handelsschifffahrt, vorsichtig formuliert, eine große Herausforderung geworden.

Jetzt geht es um entschiedenes Handeln in den Bereichen, die wir selbst verantworten können, um die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Unternehmen so gering wie möglich zu halten. Dazu gehört, dass das angestrebte politische Ziel resilienter zu werden mit konkreten Maßnahmen unterlegt wird. Wenn die Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern, wie Gas und Öl die europäischen Volkswirtschaften in ihrer Entwicklung so beeinträchtigen können, muss die entscheidende Antwort der Ausbau der erneuerbaren Energien und deren Speicherung sein.

Wenn Handelsrouten und Lieferketten immer unsicherer werden, muss die Antwort der Aufbau einer umfassenden und effizienten Kreislaufwirtschaft in allen Industriebereichen in Europa werden. Kein Blech, kein Halbleiter, kein hochwertiger Kunststoff und vieles mehr dürfen zukünftig auf dem Schrottplatz landen, sondern müssen vollständig dem Produktkreislauf wieder zur Verfügung gestellt werden.

Wir sind keine Fantasten: Deutschland wird immer abhängig von Importen bei Rohstoffen und Vorprodukten sein. Es geht aber um die Reduzierung der Abhängigkeiten um größtmögliche Resilienz zu erreichen. Ostdeutschland kann dazu einen nennenswerten Beitrag leisten. Dies haben wir in unserem **Masterplan Jobs 2040 – Resilienz – Industriepolitik – Transformation** für die Region zwischen Ostsee und Erzgebirge aufgeschrieben.

Die Debatten zur Sicherung von Rohstoffen und grundlegenden Bauteilen für die europäische Wirtschaft müssen noch intensiver geführt werden und schneller zu Entscheidungen führen. Einerseits geht es um zuverlässigere, auf

mehrere Partner diversifizierte Lieferbeziehungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und einfachen Bauteilen, andererseits muss es aber industriepolitisches Ziel sein,

- ▶ eigene Rohstoffgewinnung, einschließlich Aufbau einer Kreislaufwirtschaft,
- ▶ eigene Produktion grundlegender Bauteile (wie Halbleitern) und
- ▶ eigene Fähigkeiten und Kapazitäten für die vollständigen Wertschöpfungsketten in den industriellen Kernbranchen zu realisieren (zu sichern bzw. wiederherzustellen).

Hierfür ist eine klare Linie von Unternehmen und Politik auf allen Ebenen von Kommune bis EU notwendig. Ziel muss sein, die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung als wirtschaftliche Lebensgrundlage Europas und ganz besonders Deutschlands zu sichern.

Für Ostdeutschland stellen sich die aktuellen Fragen mit besonderer Dringlichkeit. Die Vernetzung der Unternehmen mit Forschung und Wissenschaft ist weniger ausgeprägt als im Westen. Die aktuellen Veränderungen in der Transformation treffen aus diesem Grund anders – und sie erfordern eine besondere politische Bearbeitung.

Ostdeutschland bietet gute Grundlagen, um industrielle Produktion schneller und flexibler als in anderen Teilen Deutschlands auf neue Wertschöpfung auszurichten. In den Bereichen, Halbleiter, Digitalisierung, Erneuerbare-Energietechnik und Elektromobilität, sowie der Luftfahrt- und Schienenindustrie liegen hervorragende Bedingungen vor für eine innovative, diversifizierte und krisenunabhängige Industrie. Branchensynergien sind hierfür zu nutzen.

Das größte Halbleiterzentrum Deutschlands liegt im IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen. Hier ist die Basis für eine Versorgungssicherheit mit Halbleitern. Der Ausbau des sächsischen „silicon saxony“ zum Produktionsstandort möglichst vieler Produktionschritte muss vorangetrieben werden.

silicon saxony

Mikroelektronik/IKT in Sachsen



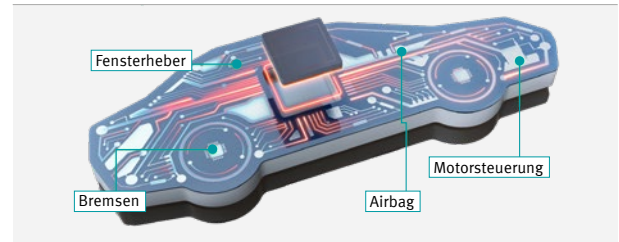
Quelle: Silicon Saxony e.V. · Stand Oktober 2023

Europa hat bereits das nahezu vollständige Verschwinden der Leiterplattenfertigung und den Rückgang der Backend-Halbleiterproduktion (Montage, Verpackung, Test) erlebt. Dieser Trend muss umgekehrt werden, da Resilienz ohne einen gewissen Anteil aller Teile der Halbleiter-Wertschöpfungskette in Europa nicht erreichbar ist.

Dieser Ausbau der Halbleiter-Wertschöpfungskette muss jedoch politisch gewollt und angereizt werden. Durch rasch zu ergreifende industriepolitische Maßnahmen, um schneller die gewünschte Unabhängigkeit in strategisch relevanten Technologiefeldern zu erreichen, muss unter dem Motto Diversifizierung statt Autarkie der Aufbau von Monitoring und Frühwarnsystemen, sowie eine strategische Bevorratung und Multisourcing-Strategien vorangetrieben werden. Wir brauchen darüber hinaus den Aufbau von Lagerkapazitäten für kritische Chips und Materialien.

Halbleiter im Auto

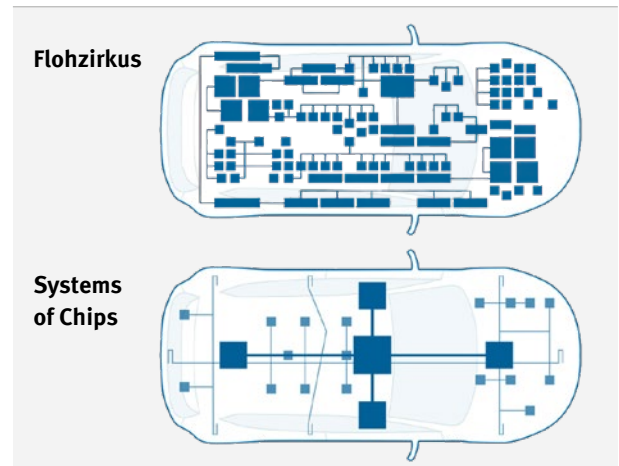
Chips sind Mittler zwischen Hard- und Software



Quelle: Vortrag von Prof. Andreas Boes auf der IG Metall Halbleiterkonferenz am 10. April 2024 in Dresden

Chips im Auto

alle Größen und Funktionsweisen werden gebraucht



Quelle: Vortrag von Prof. Andreas Boes auf der IG Metall Halbleiterkonferenz am 10. April 2024 in Dresden

Batterie als Chance für Ostdeutschland – es braucht ein industrielles Ankerunternehmen

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg verfügt über ein ausdifferenziertes und vielfältiges Angebot an Wissenschaft, FuE und Start-ups, die sich auf die Potenziale der Wertschöpfungskette Batterie konzentrieren. Dabei ist auch der Aspekt Kreislaufwirtschaft und Recycling ein Fokus, sowohl in der Hauptstadtregion, als auch in (Süd-West) Sachsen. Zudem verfügt Brandenburg über große Ansiedlungsflächen und (günstige) Erneuerbare Energie, die im Wesentlichen aus Windkraft erzeugt wird. Diese ist nicht nur von zentraler Bedeutung für grüne Wertschöpfungsketten, sondern auch für industrielle Wertschöpfung rund um die EE-Speicherung. Dies bietet gleichermaßen hohe Skalierungspotenziale für die Bereiche Elektro- und Batterietechnik, Anlagenbau und Metallverarbeitung.

Was Batterie-Recycling betrifft, wird dieses derzeit weitestgehend direkt an Batterie-Produktionsstätten angedockt, weil so durch den teilweise hohen Ausschuss bei der Batterieherstellung die höchste Wertschöpfung entsteht. Denn gebrauchte (Auto)Batterien sind noch nicht in großen Mengen vorhanden und können zudem eher im 2nd-Life-Bereich zum Beispiel als Speicher eingesetzt werden, als dass sie sofort ins Recycling gehen.

Daraus resultiert, dass Batterieherstellung und Recycling im großen Rahmen nur zusammen gedacht werden können. Es braucht also eine Gigafactory-Ansiedlung (immer unter den Prämissen von guter Arbeit, also tarifgebunden und mitbestimmt), um diesen Ansatz weiter auszudifferenzieren.

Das bedeutet: für die Wertschöpfungskette Batterie gibt es in der Hauptstadtregion eine gute FuE-Basis. Im Bereich Speichertechnologie wäre eine industrielle Skalierung denkbar – auch unter Einbindung vorhandener Automotiveunternehmen, die neue Wertschöpfungspotenziale suchen. Im Bereich Batterieherstellung und Recycling bräuchte es die Ansiedlung eines großen Batterieherstellers, um darum ein stärkeres Batterie-Ökosystem aufzubauen. Eine Kooperation aus Wissenschaft FuE / Industrieunternehmen / Fachkräfte- und Qualifizierungsinstitut könnte einen Nukleus bilden, bedürfte aber einen hohen Grad an öffentlicher Anschubfinanzierung und Begleitung.

Auf diesen Handlungsfeldern und Themen sollte der Fokus liegen, um für eine widerstandsfähige Industrie in Deutschland und Europa zu sorgen.

- ▶ **Rohstoffsicherheit:** Seltene Erden, Wasserstoff, Kupfer, Kreislaufwirtschaft für alle Industriebereiche aufbauen.
- ▶ **„Basis-Bauteile“:** Halbleiter, Stahl, Transformatoren,

- ▶ **Infrastruktur:** Digitalnetze, Stromnetze, Speichertechnologie für Erneuerbare Energien, Wasserstoffnetz, Cloudtechnik
- ▶ **Schlüsselthemen:** Energiewende (Ausbau der Erneuerbaren), Übertragungsnetze, Turbinen, Wärmepumpen, Wasserstoffinfrastruktur
- ▶ **Schlüsselthemen:** Mobilitätswende, Batterietechnik, Autonomes Fahren
- ▶ **Schlüsselthemen:** Mobilität, Luftfahrtindustrie, Leichtbau, Triebwerkstechnologie, Interieur.

Ost-Deutschland hat in allen Schlüsselthemen gute Grundvoraussetzungen, einen wertvollen Beitrag zur Erhöhung der Resilienz der deutschen und europäischen Volkswirtschaft zu leisten.

Fazit:

Transformation vernichtet Jobs und schafft neue. In diesen Umbruchzeiten braucht es einen handlungsfähigen Staat, der beherzt industriepolitisch eingreift:

- ▶ Wenn die USA, China oder andere Ordnungs-, Rohstoff-, Handels- und Forschungspolitik an den Interessen der heimischen Unternehmen ausrichten, dann muss Europa dies auch tun. Es muss dabei auch bereit sein, eigene Regeln zu ändern.
- ▶ Die EU muss ihr Beihilferegime überprüfen, bis hin zu Beteiligungen. Damit kann der Staat in strategische Lücken gehen und beispielsweise regionalwirtschaftlich zentrale Betriebe beim Wandel unterstützen.
- ▶ Local content-Regeln sind verbindlich in Vergabe- und Wirtschaftsförderung zu integrieren. Damit wird sichergestellt, dass die großen öffentlichen finanzpolitischen Anstrengungen wieder in den Wirtschaftskreislauf eingehen, statt in andere Weltregionen abzufließen.
- ▶ Wir brauchen ein Industriepolitisches Projekt „Resilienz“: (Rohstoffsicherheit; Batterietechnik; Halbleiterproduktion; Leistungselektronik; Automotive-Chips; Photonik und Lithografie-Ausrüstung; Lücken in Wertschöpfungsketten schließen, strategische Bevorratung).
- ▶ Die Bundesländer erfassen regionale Bedarfe und sind aktive Stütze von Veränderung. Sie haben eine Strategie für die Nutzung Erneuerbarer Energien, für die Sicherung von Flächen, leisten mit Bürgschaften / Beteiligungen Sicherheit im Wandel.
- ▶ Europäische und nationale Forschungsstrategien sind auszurichten auf Zukunftstechnologien.

Es besteht Grund zur Hoffnung – jetzt dranbleiben und zur Umsetzung bringen:

Die EU-Kommission hat mit ihren Vorschlägen im Automotive Package vom 16.12.2025 und mit den automobilrelevanten Elementen im Industrial Accelerator Act vom 4.3.2026 eine Überarbeitung der Regulierung zur Automobilindustrie vorgeschlagen und damit auf die schwierige Lage reagiert.

Aus Sicht der IG Metall gehen viele der Vorschläge in die richtige Richtung. Mit der Einführung von Local-Content-Kriterien („Made in EU“) werden bspw. Anreize geschaffen, Wertschöpfung und Beschäftigung an den europäischen Standorten zu sichern und neu aufzubauen.

Die EU-Kommission hat im Automotive Package „Made in EU“ Kriterien verankert und sie im Industrial Accelerator Act weiter ausgeführt. Dieser Vorstoß zur Unterstützung europäischer Wertschöpfung und Beschäftigung auch im Automobilsektor ist ein Riesenschritt in die richtige Richtung. Dabei wird auch nicht der Marktzugang beschränkt, sondern öffentliche Beschaffung und öffentliche Förderung an das „Made in EU“ Kriterium gebunden. Durch die 70%-Vorgabe bei den Komponenten kann auch die Zulieferindustrie von der Regelung profitieren, denn hier geht es zunächst einmal um alle Komponenten. Zusätzlich können die perspektivisch aufwachsenden European Content Quoten bei Schlüsselkomponenten wie Batterie und Elektronik Anreize für neue Wertschöpfung in der EU schaffen und zur Resilienz der Lieferketten beitragen.

Leider gibt es neben Licht auch Schatten: Schon bei 25% Kostendifferenz können die Kriterien für die Beschaffung ignoriert werden. Und vor allem: Der Kreis der berechtigten Staaten wird – nicht zuletzt auf Drängen der deutschen Bundesregierung – teilweise sehr weit ausgedehnt. Alle Staaten, mit denen Freihandelsabkommen abgeschlossen sind oder ein Zollabkommen besteht, gelten in diesem Kontext als EU und können nur in einem zweiten Schritt wieder ausgeschlossen werden.

Die Bundesregierung sollte nicht nur davon ablassen, diesen European-Content-Ansatz für europäische Beschäftigte aktiv zu unterminieren, sondern sich im Gegenteil dafür einsetzen, dass er real wirksam werden kann.

Die IG Metall und ihre Mitglieder in den Unternehmen sind mit ihren Schlüsselindustrien (Automobil, Stahl-, Maschinen- und Anlagenbau, sowie in der Luftfahrtindustrie und im Holz- und Kunststoffbereich etc.) massiv betroffen. Jetzt gilt es industriepolitisch Tempo aufzunehmen. Die Vorschläge der EU-Kommission sind im Kern richtig. Sie müssen rasch Realität werden.

Fehlende Masken in der Coronakrise, der Ersatz russischer, fossiler Energie seit Februar 2022, die fehlenden Kabelbäume aus der Ukraine, ein quer stehender Tanker im Suez-Kanal, fehlende, kleinere und günstige Halbleiter, jetzt die Blockade der Straße von Hormus- wie viele Beispiele brauchen wir noch, um endlich die gewünschte Resilienz Strategie in Europa und in Deutschland mit erhöhtem Tempo voranzutreiben?

Bandabrisse, Produktionsstopps und drohende Kurzarbeit sind die Folge, wenn wichtige Teile wie Halbleiter fehlen. Die Automobilindustrie ist das prominenteste Beispiel, aber mittlerweile stecken Halbleiter in allen Industrieprodukten vom Maschinenbau, Maschinen- und Anlagenbau, Baumaschinenindustrie, der Landmaschinenindustrie, der Luftfahrtindustrie und große Zulieferer der Automobilhersteller wie Bosch oder ZF usw. Die Automobilindustrie kann keine weiteren exogenen Schocks gebrauchen. Industrielle Wertschöpfung in Deutschland und Europa muss geschützt und gesichert werden. Zentrale Branchen sind in einer riskanten Abhängigkeit von geopolitisch sensiblen Strukturen verfangen. Die Lehren aus den oben beschriebenen Krisen sind nicht konsequent genug gezogen worden.

Es braucht jetzt eine entschlossene, strategische Industriepolitik, die die Erfahrungen der letzten Jahre ernst nimmt. Deutschland und Europa müssen ihre industrielle Basis stärken, indem sie Lieferketten – von der Batterie über den Halbleiter bis zu kritischen Rohstoffen – resilienter und unabhängiger aufstellen. Europäische Gemeinschaftsprojekte können gelingen und extrem erfolgreich sein. Das zeigt das Beispiel Airbus. Warum soll uns Europäern das nicht auch im Batteriebereich und im Halbleiterbereich gelingen? Wer die Zukunft gestalten will, muss in Widerstandsfähigkeit investieren – in europäische Fertigung, technologische Souveränität und verlässliche Partnerschaften entlang der gesamten Wertschöpfungskette.